



Medieninfo

24.11.2022

IG BAU: Maler-Arbeitgeber setzen auf Dumpinglöhne

Schlichtung im Maler- und Lackiererhandwerk nach langer Verhandlung ohne Ergebnis / Gesetzlicher Mindestlohn greift

Frankfurt am Main – „Das ist schon unglaublich, die rund 150.000 Beschäftigten im Maler- und Lackierhandwerk bei der jetzigen Wirtschaftslage so im Regen stehen zu lassen. Die Inflationsrate geht durch die Decke und die Energiepreise sind schon längst durchgestoßen und die Arbeitgeber*innen bieten gerade einmal eine Lohnerhöhung von 2,7 Prozent aufs Jahr gerechnet an, eine Frechheit.“ So kommentiert Carsten Burckhardt, Mitglied im Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Verhandlungsführer auf Seiten der Arbeitnehmer*innen das Ende der Schlichtungsverhandlungen am heutigen frühen Morgen ohne Ergebnis. Ende Mai dieses Jahres war der Tarifvertrag ausgelaufen, für die sieben Monate bis Ende dieses Jahres hatte der Bundesverband Farbe, Gestaltung Bautenschutz keine Lohnerhöhung angeboten, sondern eine Sonderzahlung in Höhe von 500 Euro. Ab Januar 2023 boten sie für zwölf Monate ein Plus von fünf Prozent und ab Januar 2024 noch einmal ein Plus von zwei Prozent an. „Bei aller Liebe, bei solch einem Reallohnverlust kann ich keinen Abschluss verantworten. Wenn man sich mal so umschaute, was es derzeit in anderen Branchen an Abschlüssen gibt, dann ist das hier nicht mal Dumping. Wie man so Fachkräfte für die Branche gewinnen und halten will, bleibt das Geheimnis der Arbeitgeber*innen“, sagt Burckhardt. So lasse sich der akute Sanierungstau in Deutschland nicht abarbeiten.

Jetzt gilt der alte Tarifvertrag für alle Mitglieder der IG BAU, die in tarifgebundenen Betrieben arbeiten, weiter. Für alle anderen und bei Neueinstellungen gilt nur noch der gesetzliche Mindestlohn. Auch der Branchenmindestlohn findet keine Fortsetzung. „Das ist besonders schlimm, denn jetzt werden die Arbeitnehmerüberlassungen wieder ihr Geschäft wittern“, sagt Burckhardt.

Die zuständige Bundesfachgruppe in der IG BAU und der Bundesvorstand werden sich in den nächsten Wochen über das weitere Vorgehen beraten.